

Von der Verwaltung:

Herr Dreckschmidt	Kulturamt	zur AG
Herr Homann	Amt für Verkehr	zu TOP 5 u. 10
Herr Holtmann	Bezirksamt Jöllenbeck	
Herr Kassner	Bezirksamt Jöllenbeck	- Schriftführer -
Herr Redeker	Schiedsman	zu TOP 9

Vor der Sitzung

Um 16.00 Uhr trifft sich unter Mitwirkung von Herrn Dreckschmidt (410.2, bezirksbezogene Kulturarbeit) die Arbeitsgruppe (AG) „Kultur“ in der kleinen Mensa der „Martin-Niemöller-Gesamtschule“ zur vorbereitenden Besprechung über die Stadtteil-Kulturveranstaltungen des Jahres 2010 (s. a. TOP 5.9 u. 14.4, 03.12.09).

* BV Schildesche - 14.01.2010 - vor der Sitzung *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksvorsteher Knabe eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung hierzu, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung, fest.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - Vor Eintritt in die Tagesordnung *

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 1 *

Herr Holtmann teilt mit:

1.1 Zur Frage von Frau Günther, ob ein Spiegel in Höhe ihrer Grundstückszufahrt angebracht werden kann (s. a. TOP 1.3, 03.12.09) teilt das Amt für Verkehr mit, dass Verkehrsspiegel an privaten Zufahrten nicht von der Stadt Bielefeld aufgestellt werden. Auf Antrag besteht die Möglichkeit einen durch den Antragsteller finanzierten Spiegel auf der öffentlichen Verkehrsfläche aufzustellen. Im vorliegenden Fall ist allerdings aufgrund der örtlichen Gegebenheiten kein geeigneter Standort für die Ausrichtung eines Verkehrs-Spiegels verfügbar, da sich gegenüber der Zufahrt „An der Reegt“ Nr. 16 eine breite Einmündung befindet. Bei den angesprochenen Geschwindigkeitsüberschreitungen geht das Amt für Verkehr aufgrund der Adresse davon aus, dass es sich um das Teilstück zwischen „Apfelstraße“ und „Beckhausstraße“ handelt, in dem keine kommunale Geschwindigkeitsüberwachung stattfindet. Den Hinweis auf die zunehmenden Geschwindigkeits-Übertretungen haben wir daher an das Verkehrsdezernat der Polizei weitergegeben mit der Bitte, dort Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 1.1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 03. 12. 2009

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche vom 03.12.2009 (Ifd. Nr. 2) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Herr Holtmann macht folgende Mitteilungen:

3.1 In der Unfallkommission 2009-IV wurde die Unfallstelle „Engersche Straße/Talbrückenstraße“ wegen 8 Unfällen in den Jahren 2006 – 2008 mit Beteiligung von Fußgängern und Radfahrern und 5 Abbiegeunfällen 2008 behandelt (s. a. TOP 10). Es wurde u. a. beschlossen zu prüfen, wie die Radfahrerführung „Engersche Straße“ in Fahrtrichtung „Vilsendorfer Straße“ sicherer gestaltet werden kann. Nach der Vorstellung der verschiedenen Planungsvarianten bei einem Ortstermin am 25. 11. 2009 wurde Folgendes beschlossen:

- Die Unfallkommission spricht sich für die Planung mit Radfahrerschleuse und Anlage einer Rechtsabbiegespur aus (Umsetzung 2011 ff.).
- Als Sofortmaßnahmen werden veranlasst:
 - Im Kreuzungsbereich die rote Markierung der Radfurten zu erneuern.
 - Hinweisschild auf Unfallgefahr für Radfahrer in FR Vilsendorf aufzustellen.

* BV Schildesche - 14. 01.2010 - öffentlich - TOP 3.1 *

3.2 Die Kanalbauarbeiten in der Schloßhofstraße verlängern sich voraussichtlich bis Ende März 2010 (s. a. TOP 5.6, 03.12.09).

In der letzten Sitzung wurde nachgefragt, ob mit dem Gartenmarkt „Kowert“ eine Abstimmung über die Durchführung der Arbeiten erfolgt ist. Die Verwaltung hat die Bauarbeiten und die dadurch bedingten Erschwernisse mit der Fa. „Kowert“ abgestimmt.

Wortmeldung zur Mitteilung:

Herr Eggert-Mines (SPD) fragt, ob die Abstimmung mit der Firma einvernehmlich erfolgte.

Herr Holtmann teilt mit, dass er davon ausgeht.

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet von einer mehr gezwungenermaßen erzielten Einigung.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.2 *

3.3 Am 13.01.2010 um 19.00 Uhr hat eine Informationsveranstaltung in der Großen Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule zum Aus- und Umbau der „Engersche Straße“ stattgefunden (s. a. TOP 3.5 u. 4.3).

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.3 *

3.4 Folgende Unterlagen wurden an die Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt:

- Einladung zu einer Informationsveranstaltung des Büros des Rates am Dienstag, 26.01.2010, 18.30 Uhr, im Großen Saal des Neuen Rathauses

- Prospekt „Der Bielefeld-Preis“ von BGW und Radio Bielefeld

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.4 *

Herr Bezirksvorsteher Knabe macht die Mitteilung:

3.5 Beim gestrigen Info-Termin über den Ausbau der „Engersche Straße“ (s. a. TOP 5.13, 03.12.09 u. heut. TOP 3.3 u. 4.3) wurde mit den Mitgliedern der Werbegemeinschaft über die zu erwartenden Behinderungen und Umsatzeinbußen gesprochen. Die im Zuge der Baumaßnahme, wegen der Einsätze der Feuerwehr, geplante Einbahnstraßenregelung stadtauswärts soll zugunsten einer Regelung stadteinwärts geprüft werden.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.5 *

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit:

3.6 Der vorgestern erschienene Zeitungsbericht zur Halteverbotbeschilderung an der „Sudbrackstraße“ (Bäckerei Lamm) enthielt ein falsches Zitat. Das Amt für Verkehr ist nicht durch die Bezirksvertretung, sondern durch die Bezirksregierung Detmold zur Installation der Beschilderung aufgefordert worden (s. a. TOP 3.7, 21.08.08).

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.6 *

Zu Punkt 4

Anfragen

4.1 Zur Anfrage von Herrn Krüger (CDU) zum Kindergarten „Huchzermeierstraße“ (s. a. TOP 6.2, 03.12.09) teilt Herr Holtmann mit, dass die KiTa nach Meinung des Jugendamtes grundsätzlich in keinem „maroden“ Zustand ist. In den letzten Jahren wurden Reparatur- und Sanierungsarbeiten durchgeführt und das Außengelände neu gestaltet. Zu den baulichen Maßnahmen gehörten Teilkellersanierung für 19.500 €, teilweise Erneuerung der Deckenplatten und -beleuchtung für ca. 11.500 €. Außerdem wurde die Küche im Erdgeschoss erneuert.

Im Rahmen des im Jahre 2009 begonnenen Sanierungsprogramms ist für die KiTa die weitergehende Sanierung des Kellers, der Elektro- und der Sanitäreinrichtungen geplant. Der Immobilienservicebetrieb ist mit der Kostenschätzung für die Sanierung beauftragt.

Dringender Bedarf hat sich für die Erneuerung der Elektroleitungen ergeben, da der im Obergeschoss geplante Einbau einer Küchenzeile und der Einsatz einer halbgewerblichen Spülmaschine im Erdgeschoss eine neue Absicherung erforderlich macht. Da die Leitungen überaltert sind, müssen sowohl die Unterverteilung als auch die Leitungen erneuert werden. Da dafür die Wände geöffnet werden müssen, ist es wirtschaftlich sinnvoll, die weiteren Sanierungsmaßnahmen damit zu verbinden.

Da die Erneuerung der Elektroleitungen und der Unterverteilung wegen des Alters der Leitungen dringend erforderlich ist, sollen die Arbeiten möglichst 2010 ausgeführt werden. Da die Arbeiten in den 2 Wochen der Sommerschließung nicht ausgeführt werden können, muss die KiTa je nach Umfang der Arbeiten ausgelagert werden. Hierfür muss auch noch ein Ausweichquartier gesucht werden.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.1 *

4.2 Bezüglich der schriftlichen Anfrage der CDU vom 07.01.10

- „- Treffen die Berichte des Westfalen-Blatt von heute zu, dass die Verkehrsbeschilderung in Schildesche (Engersche Straße 170), wie berichtet, dauerhaft so bleiben soll?
- Was gedenkt die Verwaltung für ein marktorientiertes Unternehmen, wie die Firma Streibel, zu tun, um beim Be- und Entladen zu einem reibungslosen Verlauf zu kommen?
- Welche kurzfristigen Lösungen werden umgesetzt?“

teilt Herr Holtmann mit, dass im Parkstreifen an der „Engersche Straße“ bisher in Höhe Nr. 166/168 ohne Beschränkung geparkt werden konnte.

Im anschließenden Bereich bestand wegen der dort vorhandenen

Geschäfte eine einstündige Parkscheibenregelung in der Zeit von montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr für alle Kraftfahrzeuge. Nachdem der Straßenverkehrsbehörde Verkehrsgefährdungen bei der Ausfahrt durch Sichtbehinderungen durch einen parkenden LKW angezeigt wurden, wurde die Verkehrssituation in diesem Bereich überprüft. Aus Gründen der Verkehrssicherheit erfolgte im Dezember 2009 nach Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger eine Änderung der Parkregelung. Danach war im Parkstreifen nur noch das Parken mit PKW zulässig. Durch parkende LKW wird die Sicht bei der Ausfahrt aus den Zufahrten auf diesem vielbefahrenen Teilstück erheblich eingeschränkt.

Am 11.01.10 hat aufgrund der Probleme mit der neuen Parkregelung ein Ortstermin mit Vertretern vom Einzelhandelsverband, WEGE, Polizei, Amt für Verkehr sowie Herrn Streibel stattgefunden. Herr Streibel schilderte vor Ort die Schwierigkeiten mit der neuen Parkregelung beim Be- und Entladen sowie bei Möbellieferungen durch seine Lieferanten. Um auch weiterhin den Geschäftsbetrieb und das erforderliche Parken von LKW für die in diesem Bereich angesiedelten Geschäfte zu gewährleisten, wurde mit allen Beteiligten übereinstimmend festgelegt, im Parkstreifen ab Nr. 170 das Parken wieder für alle Kraftfahrzeuge zuzulassen. Das Zusatzzeichen „Nur Personenkraftwagen“ wurde daraufhin am 12.01.10 entfernt.

Wegen der Nähe zur Kreuzung und dem damit verbundenen höheren Gefährdungspotenzial bei der Ausfahrt auf die „Engersche Straße“ verbleibt das Verbot für das Parken von LKW im Parkstreifen vor Hs. Nr. 166/168.

Herr Streibel erklärte, dass er mit der gefundenen Lösung für seinen Geschäftsbetrieb leben kann.

Die Sitzung wird von 17.18 Uhr bis 17.23 Uhr unterbrochen um Herrn Streibel Gelegenheit zu geben, die Situation anhand von Bildmaterial aus seiner Sicht zu schildern.

Herr Krüger (CDU) hält die Stellungnahme des Fachamtes für nicht akzeptabel.

Frau Pauler-Beckermann (SPD) sieht angesichts der gefährdeten handwerklichen Existenz der Fa. Streibel weiteren Handlungsbedarf.

Die Bezirksvertretung verständigt sich wie folgt:

Herr Bezirksvorsteher Knabe wird gebeten, mit dem zuständigen Dezernenten bzw. der zuständigen Amtsleitung ein Gespräch zu führen, um weitere Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.2 *

4.3 Zur schriftlichen Anfrage der FDP zur Baumaßnahme / Sanierung

der „Engersche Straße“ ab Januar 2010 (s. a. v. E. i. d. TO u. TOP 5.13 sowie 17, 03.12.09 bzw. heutigen TOP 3.3 u. 3.5)

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob neben dem vorliegenden zeitlichen Plan der Sanierung der Engerschen Straße durch weitere Maßnahmen die Bauzeit erheblich verkürzt werden kann. Dazu könnten

- ein höherer Personaleinsatz, z. B. durch die Einstellung neuer (ggf. befristet beschäftigter) Mitarbeiter
- ein höherer Maschineneinsatz
- längere Arbeitszeiten, z.B. bis 21.00 Uhr
- weitere Vorschläge der Verwaltung geeignete Mittel sein“

teilt Herr Holtmann mit, dass es das gemeinsame Bestreben der verschiedenen Bauherren Stadtwerke Bielefeld, Umweltbetrieb und Amt für Verkehr ist, die komplexe Baumaßnahme sicher, zügig und mit geringstmöglichen Beeinträchtigungen für die Anlieger, Gewerbetreibende und auch Verkehrsteilnehmer abzuwickeln.

Die Thematik von Bauzeit-Verkürzungen für Großprojekte der Stadt Bielefeld war Gegenstand der UStA-Beratungen vom 18.06.2002 (TOP 11). Danach sollen bei Großprojekten (hierunter fallen Straßenbaumaßnahmen größer als 1 Million € netto) Bauzeitverkürzungen optional mit ausgeschrieben werden.

Die v. g. Auftragsgrenze wird beim Umbau der „Engersche Straße“ überschritten, so dass die Baukosten und die Gesamtzeit für Verkehrsbeschränkungen während der Bauphase dem Ausschreibungswettbewerb unterworfen werden. Die Bieter haben hierfür das Ausführungsrisiko zu übernehmen. Die Zuschlagserteilung erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot, über die Wertungskriterien Preis und Gesamtbauzeit.

Schon bei der bisherigen Bemessung der Bauzeit von März 2010 bis November 2011 ist von einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit (Ausnutzen der Tageshelligkeit oder Teilschichtarbeit) ausgegangen worden. Mehrkolonneneinsätze sind dabei schon berücksichtigt worden.

Es ist im Kontext aber auch darauf hinzuweisen, dass übermäßige Bauzeitverkürzungen grundsätzlich die Gesamtbaumaßnahme verteuern. Dies führt dazu, dass bei gleichem Budget weniger direkte Bauleistungen erbracht werden können, weil dann logistische Problemstellungen oft überwiegen.

Darüber hinaus wird ein Mehrschichtbetrieb, sowie Sonn und Feiertagsarbeit von der mittelständischen Bauwirtschaft kritisch bewertet, da diese Firmen nur noch begrenzt als Einzelunternehmen anbieten können, wodurch der Bieterkreis zusätzlich eingeschränkt wird.

Inwieweit die o. g. Beschleunigungsvergütung mit den stringenten Vorgaben der Haushaltssicherung vereinbar ist, bedarf noch der

Prüfung.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass alle beschleunigungsrelevanten Mehrkosten auch zum beitragspflichtigen Aufwand gehören und damit auf die Anlieger umgelegt werden müssen.

Herr Bezirksvorsteher Knabe teilt ergänzend mit, dass im Rahmen der gestrigen Info-Veranstaltung (s. a. TOP 3.5) darauf hingewiesen wurde, dass auch die Samstage Arbeitstage sind.

Herr Wünsche (FDP) stellt nochmals heraus, dass der Erhalt der Betriebe und die Vertretung der Interessen der Anlieger das Bestreben der Bezirksvertretung sein sollten.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.3 *

4.4 Auf die Anfrage der SPD zur „Overbergschule“ (s. a. TOP 6.1, 03.12.09) teilt Herr Holtmann mit, dass derzeitiger Planungsstand ist, dass das seitliche Pavillongebäude aufgrund schwerwiegender bauphysikalischer Mängel und daraus resultierend extrem hohen Sanierungskosten abgebrochen wird. Die weiteren Gebäudeteile werden nach derzeitiger Planung im Erdgeschoss sowie erstem Obergeschoss für die geplante Nutzung als zweigruppige KiTa geplant. Konkrete Ergebnisse wie Pläne oder sonstige Darstellungen liegen in diesem Planungsstadium noch nicht vor.

Zum letzten Informationsbegehren hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeit einer kombinierten Nutzung des Gebäudes wird

- a. auf das o. g. bisherige Planungsergebnis verwiesen und kann
- b. mitgeteilt werden, dass der Immobilienservicebetrieb innerhalb der Planung die angesprochene technische Realisierungsmöglichkeit mitprüft und nach Abschluss darüber informiert wird

Ein Träger für diese Einrichtung soll über eine Ausschreibung gefunden werden. Eine Prüfung, ob das gesamte Gebäude in die Ausschreibung einbezogen werden sollte, ist aber weder abgeschlossen noch entschieden.

Es wird aber deutlich darauf hingewiesen, dass etwaige Kombinationsmöglichkeiten nicht aus Mitteln des Konjunkturprogramms II zu finanzieren sind. Jede Form der baulichen Realisierung müsste also überdies auch eine bisher nicht gesicherte Finanzierung enthalten. Es wird auch darauf hingewiesen, dass das Landesjugendamt eine gemeinsame Nutzung von Gebäudeteilen (z.B. Sanitärbereichen, Treppenhäusern) bei seiner notwendigen Betriebserlaubnis ausgesprochen kritisch betrachtet.

Frau Pauler-Beckermann (SPD) weist noch einmal auf das Fehlen von Versammlungsräumen im Stadtteil hin und bittet auch die Bezirksvertretung, gemeinsam nach Alternativen zu suchen.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.4 *

4.5 Hinsichtlich der schriftlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Winterdienst

„Warum wurden während des Wintereinbruchs vom 20. bis 24.12.09 an der Straße „Am Brodhagen“ die vereisten Gehwege die an städtische Grundstücke grenzen (Bereich Brodhagenschule, Grünzug Bereich Flehmannshof) nicht geräumt bzw. warum wurde in diesen Bereichen kein Winterdienst durchgeführt? Wurde auch in anderen, vergleichbaren Bereichen Schildesches kein Winterdienst durchgeführt?“

teilt Herr Holtmann mit, der ISB den Winterdienst für rd. 71.000 m² zu räumende Wegefläche an externe Unternehmer vergeben hat. Darunter fallen auch die genannten Flächen, die lt. Winterdienstplan von der beauftragten Firma hätten geräumt werden müssen.

Beschwerden im Bereich Schildesche sind beim ISB nicht eingegangen. Stichprobenartige Kontrollen z. B. am 11.01.2010 haben in anderen Bereichen teils nur leichten Nachbesserungsbedarf durch die Firma ergeben. Die Firma ist umgehend informiert und zur Nachbesserung aufgefordert worden. Bei den nächsten Kontrollen wird der Bereich Schildesche besonders berücksichtigt.

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass seit dem 24.12.2009 bis heute keine Räumung im genannten Gebiet erfolgt ist.

Herr Holtmann sagt die Weitergabe der Information an den ISB zu.

Herr Krüger (CDU) weist ergänzend auf überhöhte Kanten der Bürgersteige, zu erwartende Plattenabsenkungen nach der Frostperiode und erforderliche Begehungen hin.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.5 *

4.6 Zur heute verteilten schriftlichen Anfrage der SPD in Bezug auf den Fahrradweg „Apfelstraße“ zwischen „Sudbrackstraße“ und „Westerfeldstraße“

„Die Markierungen des Fahrradweges an der Apfelstraße (Teilstück zwischen Sudbrackstraße und Westerfeldstraße) sind in einem sehr schlechten Zustand. Dieses Straßen-Teilstück wird stark von Schüler/-innen der Gesamtschule und der Sudbrackschule genutzt, so dass die Kriterien der Schulwegsicherung eingehalten werden müssen. Die Verwaltung möge bitte mündlich über die Möglichkeiten einer besseren Fahrradweg-Kennzeichnung für den v. g. Bereich der Apfelstraße informieren und nachvollziehbar erläutern, ob und wenn ja, in welchem Maße die Änderungen der Straßenverkehrsordnung (September 2009) bzgl. Kennzeichnung von Fahrradwegen in diesem

konkreten Fall einen Einfluss haben.“

teilt Herr Holtmann mit, dass eine Beantwortung in der Februar-Sitzung erfolgt.

Frau Pauler-Beckermann (SPD) sieht angesichts der zu erwartenden Fragestellungen der Bezirksvertretung das Erfordernis eines mündlichen Vortrags der Verwaltung und stellt einen entsprechenden Antrag.

Die Bezirksvertretung fasst daraufhin folgenden

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung um einen mündlichen Vortrag zur Anfrage.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.6 *

-.-.-

Zu Punkt 5

Antrag der SPD-Fraktion auf Reduzierung der Lärmbelastung „Engersche Straße“ durch lärmoptimierenden Asphalt als Fahrbahnbelag

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0216/2009-2014

Frau Pauler-Beckermann (SPD) erläutert den Antrag (s a. TOP 5.12, 03.12.09).

Herr Homann (660.22, Verkehrswegeplanung/West) teilt mit, dass der lärmarme Asphalt sowohl in der „Engersche Straße“ als auch in der „Westerfeldstraße“ eingebaut wird.

Anschließend werden die Themen „Erfahrungswerte, Haltbarkeit, wissenschaftliche Begleitung, Preise, Stärke der Decke, Verschleiß“ diskutiert.

Frau Pauler-Beckermann weist ergänzend auf die Internet-Adresse für das Pilotprojekt der Stadt Düsseldorf hin.

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

B e s c h l u s s:

Beim Ausbau der „Engersche Straße“ soll der Fahrbahnbelag mit dem neuen lärmarmen Asphalt – LOA 5 D – ausgeführt werden, um die Lärmbelastung für die Anwohner dauerhaft zu vermindern.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausstattung der
Parkanlagen im Stadtbezirk Schildesche mit
Hundekot-Tütenspendern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0217/2009-2014

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den Antrag (s. a. TOP 5.12, 03.12.09).

Frau Pauler-Beckermann (SPD) weist auf einen Bericht in der „Süddeutsche Zeitung“ über die Erfahrungen der Stadt München hin. Danach sollten Tütenspender nur in Kombination mit Mülleimern und nicht in der Nähe von Kindergärten bzw. -spielplätzen aufgestellt werden.

Herr Wünsche (FDP) sieht in den Hundebesitzern das Problem, fragt nach der rechtlichen Situation und weist darauf hin, dass spezielle Tüten in einigen Geschäften erworben werden können. Er thematisiert dann die gewünschte Regelung auf Kosten der Allgemeinheit, die Finanzierung über die Hundesteuer und tritt für einen Appell an die Hundebesitzer ein.

Herr Springer (BfB) erkennt ein gesamtstädtisches Problem und fragt nach der Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses bzw. des Rates der Stadt.

Herr Wasyliw (CDU) signalisiert, dass er angesichts der Folgekosten (Reparatur, Wartung) und der nicht eindeutig möglichen Erfolgsmessung der Maßnahme dem Antrag nicht zustimmen kann.

Herr Godejohann stellt heraus, dass es um einen Testlauf geht um Erfahrungen zu sammeln.

Frau Pauler-Beckermann rät dazu, Informationen aus anderen Städten mit positiven Rückmeldungen einzuholen und unterstützt im Namen der SPD den Antrag.

Herr Röwekamp (CDU) erinnert an die Diskussionen über das Aufstellen von Parkbänken in Kombination mit Mülleimern und den daraus resultierenden Folgekosten. Er rät dazu, zunächst statt des Antrages eine Prüfung in Form einer Anfrage zu stellen.

Herr Wünsche hält einen Erfahrungsbericht bis zur nächsten Sitzung für notwendig um über den Antrag abstimmen zu können.

Sodann fasst die Bezirksvertretung den

B e s c h l u s s:

Der Umweltbetrieb der Stadt wird beauftragt:

- a) an 8 ausgewählten Standorten probeweise in den Grünzügen des Stadtbezirks und an stark frequentierten Spielplätzen (z. B. Parkanlage „Am Feuerholz“, „Gellershagener Park“, „Obersee“, Spielplatz „Schlosshof-Bach“/Ecke „Westerfeldstraße“) Hundekot-Tütenspender aufzustellen
- b) nach 2 Jahren einen Erfahrungsbericht vorzulegen, ob sich die Aufstellung der Tütenspender bewährt hat, d. h. ob sich die Sauberkeit der Parkanlagen und Spielplätze im Nahbereich der Tütenspender im Hinblick auf Hundekot sichtbar gebessert hat

8 St. dafür
6 St. dagegen
- mithin beschlossen -

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache
0217/2009 - 2014 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW von Herrn Hirt und Herrn Deppe zur Geschwindigkeitsüberschreitung auf der "Talbrückenstraße" auf dem Teilstück zwischen den Straßen "Am Balgenstück" und "Niederfeldstraße"
- Der TOP wurde in der Sitzung am 03.12.2009 abgesetzt -

Herr Holtmann verweist auf das Schreiben des Amtes für Verkehr, (s. a. v. E. i. d. TO, TOP 5.11 u. 7, 03.12.09):

Aufgrund der Beschwerden ist zur Ermittlung des Geschwindigkeits-Niveaus und zur Ahndung der Überschreitungen das zuständige Verkehrskommissariat der Polizei informiert und um verstärkte Geschwindigkeitskontrollen gebeten worden. Danach wurden kurzfristig am 11.09.2009 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 11.00 Uhr und am 21.09.2009 in der Zeit von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr von der Polizei Radar-Messungen durchgeführt. Beide Messungen ergaben nach Auskunft des Verkehrskommissariats keine auffälligen Überschreitungen. Innerhalb des Zeitraumes von jeweils 1 Stunde wurden lediglich 1 bzw. 4 Fahrzeuge verwarnt. Dabei betrug die gemessene Höchstgeschwindigkeit, ohne Abzug der Toleranz, 69 km/h. Gleichwohl wird der Streckenabschnitt weiterhin in regelmäßigen Abständen von der Polizei überwacht.

Die kommunale Überwachung ist auf der „Talbrückenstraße“ aus rechtlichen Gründen nicht zulässig. Sie erstreckt sich, anders als bei der Polizei, nur auf Gefahrenstellen. Gefahrenstellen sind nach den „Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Ordnungsbehörden-Gesetzes“ Unfall-Häufungsstellen und solche Streckenabschnitte, auf denen eine erhöhte Unfall-Gefahr angenommen werden muss. Letzteres ist z. B. der Fall, wenn sich in unmittelbarer Nähe Kindergärten, Schulen, Seniorenheime oder andere Objekte für ähnlich schutzwürdige Personen befinden.

Der Antrag auf Installation von Geschwindigkeits-Displays ist in die bestehende Warteliste aufgenommen worden. Durch den Einsatz der

Displays werden Fahrzeugführer auf Geschwindigkeitsüberschreitungen aufmerksam gemacht und entsprechend sensibilisiert. Aufgrund der Vielzahl der vorliegenden Anträge, beträgt die Wartezeit bis zum Anbringen der Displays zurzeit ca. 2 Monate.

Zum baulichen Zustand des Teilstücks der „Talbrückenstraße“ teilte der zuständige Bauleiter der Abteilung „Straßenbau“ mit, dass die Fahrbahn der „Talbrückenstraße“ zwischen der Einmündung „Am Balgenstück“ und „Talbrückenstraße 52“ im Frühjahr 2009 instand gesetzt wurde. Die Bauleistung wurde ordnungsgemäß ausgeführt und am 21.04.2009 formell abgenommen. Durch die Sanierungsarbeiten wurde der Zustand der Fahrbahn in diesem Streckenabschnitt erheblich verbessert und der Zustandsklasse II zugeordnet.

Herr Wasyliw (CDU) erinnert an die schon seit längerer Zeit noch ausstehende Installation eines Geschwindigkeitsdisplays.

Die Bezirksvertretung schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW von Anwohnern der „Deciusstraße“ und der Straße „Am Poggenbrink“ zur Verbesserung der Verkehrssituation in der „Deciusstraße“

Herr Holtmann weist auf das mit der Einladung verteilte Schreiben des Amtes für Verkehr hin (s. a. TOP 5.11, 03.12.09).

In ihrem Schreiben vom 12.11.2009 regt Frau Katrin Klein im Namen der Anwohner der „Deciusstraße“ und „Am Poggenbrink“ verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der „Deciusstraße“ an. Diese Anregungen wurden zum Anlass genommen, die Verkehrssituation zusammen mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger zu überprüfen. Zu den Punkten 2 und 3 sind die zuständigen Bereiche für Sondernutzung bzw. Verkehrssignalanlagen um Stellungnahmen gebeten worden. Nachdem nunmehr alle Antworten vorliegen, wird zu den Forderungen wie folgt Stellung genommen:

Tempo 30 in der „Deciusstraße“

Gem. § 45 Absatz 9 der Straßenverkehrsordnung dürfen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort angeordnet werden, wo dies auf Grund besonderer Umstände zwingend erforderlich ist. Insbesondere dürfen Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden, wenn eine besondere Gefahrenlage besteht. Die „Deciusstraße“ liegt innerhalb geschlossener Ortschaft. Es gilt dort die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Es sind beidseitig Gehwege vorhanden. Mit Halteverbotsbeschilderung ist wechselseitiges Parken in der Straße angeordnet, wodurch der Verkehr verlangsamt wird. Nach Auswertung der polizeilichen Unfalldaten von 2007 bis heute ist die Unfallsituation im Verlauf der „Deciusstraße“ unauffällig. Insbesondere Unfälle mit schwächeren Verkehrsteilnehmern

wie Fußgängern wurden im untersuchten Zeitraum nicht registriert. Es hat sich lediglich 1 Bagatellunfall mit Beteiligung eines Radfahrers ereignet. Im Übrigen wurden fast ausschließlich Bagatellunfälle gemeldet. Unfälle, die durch überhöhte Geschwindigkeiten verursacht wurden, sind nicht zu verzeichnen. Eine Rücksprache mit dem zuständigen Bezirksbeamten der Polizei bestätigte diese Einschätzung der Verkehrssituation. Bei Streifen und Verkehrskontrollen hat er keinerlei Auffälligkeiten oder gefährliche Situationen beobachtet. Aufgrund der Verkehrssituation, der örtlichen Gegebenheiten und des unauffälligen Unfallgeschehens besteht keine zwingende verkehrliche Notwendigkeit, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der „Deciusstraße“ auf 30 km/h zu beschränken.

Bepflanzung im Bereich des Supermarktes zur Abgrenzung des Parkplatzes

Da die Bepflanzung auf einer gewidmeten öffentlichen Verkehrsfläche (Gehweg) erfolgen soll, ist eine Prüfung der Sondernutzung nach § 18 Straßen- und Wegegesetz NRW erforderlich. Der zuständige Bereich für Straßenverwaltung und Sondernutzung bittet deshalb um konkrete Antragsunterlagen und Pläne zur Prüfung. Ansprechpartnerin bei Rückfragen ist Frau Werner, Telefon.: 51-3108.

Änderung der Ampelschaltung im Bereich der Stadtbahnhaltestelle „Deciusstraße“

Die Anregung zur Änderung der Signalisierung an der Einmündung „Deciusstraße/ Beckhausstraße“ wurde von dem für die Verkehrssignalanlagen zuständigen Bereich überprüft. Danach kann die Schaltung eines Rotsignals auf der „Beckhausstraße“ zurzeit nicht eingerichtet werden. Die Änderung der Ampelschaltung kann nur mit umfangreichen Umbaumaßnahmen in der „Beckhausstraße“ (Einrichtung einer Linksabbiegespur) einhergehen. Da keine separaten Abbiegespuren vorhanden sind, müsste der gesamte Verkehr auf der „Beckhausstraße“ bei jeder Ankunft einer Stadtbahn (etwa alle 5 Minuten) für einen längeren Zeitraum angehalten werden. Dies führt zu erheblichen Rückstaus.

Derzeit wird für den gesamten Bereich der „Beckhausstraße“ zwischen der „Engersche Straße“ und „Deciusstraße“ eine Verkehrssicherheits-Untersuchung durchgeführt. In diesem Zusammenhang wird eingehend überprüft, welche verkehrsrechtlichen oder baulichen Veränderungen auf diesem Streckenabschnitt notwendig und möglich sind. Dabei werden in enger Zusammenarbeit mit „moBiel“ und der Polizei alle Maßnahmen in Betracht gezogen, die dazu beitragen die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Herr Springer (BFB) sieht in der gewünschten Bepflanzung eine Aufgabe des Marktbetreibers. Er weist hinsichtlich der Ampelschaltung „Rot“ auf die Verpflichtung zum Anhalten und längere Standzeiten hin. Durch das wechselseitige Parken auf der „Deciusstraße“ sind seiner Meinung nach max. 25 km/h Durchschnittsgeschwindigkeit möglich. Mit der Stellungnahme der Verwaltung erklärt er sich deshalb einverstanden.

Herr Bezirksvorsteher Knabe weist auf die derzeitige ganzheitliche Untersuchung potenzieller Unfallschwerpunkte (Einfahrten, Radwege etc.) im Bereich der „Beckhausstraße“ hin.

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) bedauert, dass in Bezug auf Tempo 30 wieder einmal die Interessen der Bürger-/innen nicht berücksichtigt werden.

Herr Krüger (CDU) signalisiert Zustimmung zur Verwaltungsmeinung.

Herr Eggert-Mines (SPD) regt an, die Anordnung von Tempo 30 als Bestandteil der derzeitigen Verkehrssicherheitsuntersuchung im weiteren Verfahren erneut zu prüfen.

Sodann fasst die Bezirksvertretung folgende

Beschlüsse:

1. Die Bezirksvertretung schließt sich in den Punkten

- Bepflanzung im Bereich des Supermarktes zur Abgrenzung der Parkfläche
- Änderung der Ampelschaltung im Bereich der Stadtbahnhaltestelle „Deciusstraße“ auf der „Beckhausstraße“

der Stellungnahme der Verwaltung an.

- einstimmig beschlossen -

2. Die Anordnung von Tempo 30 in der „Deciusstraße“ soll als Bestandteil der derzeitigen Verkehrssicherheitsuntersuchung für den gesamten Bereich der „Beckhausstraße“ zwischen der „Engersche Straße“ und „Deciusstraße“ erneut geprüft werden.

8 St. dafür

5 St. dagegen

1 St. Enthaltung

- mithin beschlossen -

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Tätigkeitsbericht des Schiedsmannes für den Schiedsamtbezirk Schildesche

Herr Redeker stellt sich persönlich vor und macht Aussagen über seinen ehrenamtlichen Arbeitsbereich und die von ihm dabei gemachten Erfahrungen (s. a. TOP 16, 03.12.09). Er geht u. a. auf die Themen „Fallzahlen, Schlichtung, Leistung der Beteiligten (Vergleiche), Ordnungsgeld, Vertretung durch Rechtsbeistände“ ein.

Herr Bezirksvorsteher Knabe dankt Herrn Redeker im Namen der Bezirksvertretung für seine Ausführungen und wünscht ihm für die Zukunft weiterhin viel Erfolg in seiner Tätigkeit.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10

Bau einer Rechtsabbiegespur im Knotenpunkt „Engersche Straße / Talbrückenstraße“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7262/2004-2009/1/1

Herr Homann (660.22, Verkehrswegeplanung/West) erläutert anhand von Folien und Fotos die Vorlage (s. a. TOP 12, 24.09.09 u. heut. Top 3.1).

Herr Godejohann (Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass eine kostengünstige und umweltschonende Sicherheit für Radfahrer angestrebt wird. Er sieht im Vorfeld der Kreuzung (Übergang vom Hochbord auf die markierte Fläche) aufgrund der bedrohlichen Enge einen Konfliktpunkt für die rechtsabbiegenden Radfahrer in die „Talbrückenstraße“.

Herr Eggert-Mines (SPD) votiert für eine Aufstellfläche vor den Autos.

Frau Pauler-Beckermann (SPD) thematisiert die Ampelphasen und weist auf das Erfordernis einer Geschwindigkeitsreduzierung für Radfahrer aufgrund der abschüssigen „Engersche Straße“ hin.

Herr Bezirksvorsteher Knabe gibt das besondere Risiko für rechtsabbiegende Radfahrer bei einem Stau auf der „Engersche Straße“ zu bedenken.

Herr Krüger (CDU) tritt wegen der Wahrnehmung eher für eine Hochbordführung der Radfahrer als auf einer markierten Fläche ein.

Herr Wünsche (FDP) hält ein Beibehalten des jetzigen Zustandes für ausreichend.

Herr Drost (CDU) signalisiert, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Eggert-Mines rät zu einer Hinweisbeschilderung für rechtsabbiegende Radfahrer.

Herr Godejohann schlägt vor, die Fußgänger- u. Radfahrereinfahrt mehr in die „Talbrückenstraße“ zu versetzen.

Herr Springer (BfB) sieht in der Vorlage keine Verbesserung des jetzigen Zustandes und hält einen Kreisverkehr in diesem Bereich für optimal.

Frau Bernert (DIE LINKE) thematisiert die Entwicklung instinktiven Verhaltens bei Radfahrern angesichts der örtlichen Verhältnisse und Gegebenheiten.

Die Sitzung wird für die Zeit von 19.23 Uhr bis 19.30 Uhr für eine Beratungspause unterbrochen.

Herr Godejohann signalisiert wegen den erhaltenswerten Bäumen und

der Einsparmöglichkeit von Finanzmitteln die Ablehnung der Vorlage und formuliert einen Prüfauftrag.

Sodann fasst die Bezirksvertretung folgende

B e s c h l ü s s e:

1. Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

Dem Bau einer Rechtsabbiege-Spur in der südlichen Knotenpunkt-Zufahrt („Engersche Straße“) des Knotenpunktes „Engersche Straße / Talbrückenstraße“ wird zugestimmt.

**13 St. dagegen
1 St. Enthaltung
- mithin abgelehnt -**

2. Die Verwaltung wird gebeten die Radfahrerführung auf Hochbord bis in den Kreuzungsbereich und in rechtwinkliger Fortführung mittels Rot-Markierung mit Piktogramm bis zu einer gemeinsam genutzten Fußgänger/Radfahrer-Furt in der „Talbrückenstraße“ zu prüfen.

Nach Ablauf von 2 Jahren soll ein Bericht über Unfälle von rechts abbiegenden Pkw und geradeaus fahrenden Radfahrern gegeben werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 10 - Drucksache
7262/2004-
2009/1/1*

-.-.-

Zu Punkt 11

Anmeldezahlen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2010/11

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0226/2009-2014

Herr Dr. Sauer (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht einen Bericht der Schulleitung der „Bültmannshofschule“, da diese mittlerweile als gebundene Ganztagschule geführt wird (s. a. TOP 3.10, 04.12.08).

Herr Bezirksvorsteher Knabe sagt einen Bericht in der Bezirksvertretung zu.

Die Bezirksvertretung nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 11 - Drucksache
0226/2009-2014 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Sachstandsberichte der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen liegen nicht vor.

* BV Schildesche - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-